

Israelkritische Tagung abgesagt

Betreiber des Veranstaltungszentrums als Nazi und Antisemit beschimpft

Von Florian Lederer

ISRAEL STREIT ÜBER DEN RICHTIGEN UMGANG
Während Frankfurts Oberbürgermeister die Partnerschaft mit Tel Aviv besiegelt, lassen Antisemitismusvorwürfe eine geplante kritische Konferenz in Frankfurt scheitern.

Hassmails und Drohanrufe habe er bekommen, sei als „Nazi“ und „Antisemit“ beschimpft worden. Nun hat Bizhan Alkanaani, Leiter des Veranstaltungszentrums Ka Eins im Ökohaus, die Reißleine gezogen. Die israelkritische Konferenz zu „50 Jahren israelischer Besatzung“, die für den 9. und 10. Juni geplant war, ist abgesagt. „Ich habe dem Veranstalter Kopi schriftlich gekündigt“, sagte Alkanaani der Frankfurter Rundschau. Die Sorge um die Sicherheit des Gebäudes und der Mitarbeiter habe ihn zu diesem Schritt veranlasst.

Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel (Kopi) hatte namhafte Referenten eingeladen, um sich kritisch mit der israelischen Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung auseinanderzusetzen. Dabei sollte auch die Boykott-Aktion BDS gegen jüdische Waren thematisiert werden. Doch dazu wird es im Ökohaus Ka Eins nicht kommen.

„Ich bekam 200 Mails, viele aus den Vereinigten Staaten und Kanada, in denen ich persönlich angegriffen und als Nazi beschimpft worden bin“, fasste Alkanaani, der das Tagungszentrum seit mehr als 30 Jahren betreibt, die Welle der Empörung zusammen. So etwas habe er „noch nie“ erlebt. „Ich wusste nicht, wer die Veranstalter sind, und war mir nicht klar, welchen Hass die Tagung auslösen würde.“

Bürgermeister Becker machte deutlich, dass Boykott nicht willkommen ist

Beeinflusst habe ihn auch ein Schreiben des Frankfurter Bürgermeisters und Kirchendirektors Uwe Becker (CDU). Dieser habe ihn aufgefordert, die Vermietung der Räume zu überdenken. Zuvor hatte Becker die halbe Haltung in einer Pressemitteilung vertreten.

Becker weit derzeit mit einer Frankfurter Delegation in Tel Aviv, um die Städtepartnerschaft zu feiern. Den Inhalt des Briefes

fasste seine Büroleiterin Laura Wagner so zusammen: Becker habe „deutlich gemacht, dass wer in Frankfurt Stimmung gegen Israel machen will, wer für den Boykott israelischer Waren wirbt und Sanktionen gegenüber diesem Land fordert, in unserer Stadt nicht willkommen ist“.

Der Veranstalter verwahrt sich gegen den Antisemitismus-Vorwurf

Dem Veranstalter Kopi wirft Becker vor, die BDS-Kampagne zu unterstützen. BDS steht für „Boykott, Deinvestitionen, Sanktionen“ gegen Israel – auf wirtschaftlicher, kultureller und akademischer Ebene. Becker verglich die Kampagne, die seit 2005 existiert, mit der Nazi-Parole „Kauf nicht bei Juden“. Er warf dem Veranstalter „antisemitische Stimmungsmache“ vor.

Gegen den Antisemitismus-Vorwurf verwahrt sich Matthias Jochheim vom Veranstalter Kopi. „Das ist eine heftige Diffamierung ohne wirklich inhaltlichen Hintergrund“, sagte er im Interview mit der Frankfurter Rundschau. Auf der Tagung sollte nach einer „politischen Lösung im Sinne einer Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung“ gesucht werden.

Die Absage der Konferenz durch den Betreiber bedauerte Jochheim, kündigte aber an, die Konferenz durchführen zu wollen, wenn auch nicht im Ökohaus. „Die Auseinandersetzung zum Verhältnis zu Israel wird weitergehen“, sagte er.

Gegenüber der Frankfurter Rundschau hatte der Moderator der geplanten Tagung, Martin Breidert, der Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ist und einer der Sprecher von Kopi, zuvor kritisiert, dass eine „Israel-Lobby mit mehr oder weniger Erfolg Veranstaltungen zu verhindern versucht, die sich kritisch mit der israelischen Besatzungs-, Vertreibungs- und Annexionspolitik befassen“. So auch in Bonn, wo er am 27. März über BDS referieren wollte.

FR-Debatte zu Israel

Gibt es Friedenschancen im Nahostkonflikt?

Frieden zwischen Israel und Palästina scheitert in weiter Ferne, 50 Jahre nach dem Sechstage-Krieg, der ein halbes Jahrhundert Besatzung von Ost-Jerusalem, Gazastreifen, Westjordanland und Golan-Höhen markiert. Die meisten Israelis und Palästinenser glauben nicht mehr an eine Verhandlungslösung. Angst, Hass und Misstrauen sitzen tief. Für Spannungen sorgt derzeit der Siedlungsbau, den der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vorantreibt.

Wie wird sich US-Präsident Trump im Nahostkonflikt positionieren? Wie könnte eine Zwei-Staaten-Lösung aussehen im Vergleich zu den Alternativen? Gibt es überhaupt noch eine Friedenschance? Darüber diskutiert Inge Günther, die Jerusalem-Korrespondentin der Frankfurter Rundschau, mit FR-Chefredakteurin Bascha Milka. Die Veranstaltung ist am Mittwoch, 29. März, um 19 Uhr im Saalbau Gallus, Frankfurterallee 111. Einlass ist ab 18.30 Uhr, der Eintritt ist frei. fe



Palästinenser protestieren gegen die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland.

APF / ANSARA SHAYKH

„Nicht antisemitisch“

Veranstalter der israelkritischen Konferenz zu den Vorwürfen des Frankfurter Bürgermeisters Becker

Die geplante Konferenz im Ökohaus in Frankfurt, die sich mit der Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten beschäftigen wollte, sie ist nun abgesagt. Bürgermeister Uwe Becker (CDU) hatte dem Veranstalter Kopi vorgeworfen, eine „Anti-Israel-Konferenz“ abhalten und „antisemitische Stimmungsmache“ betreiben zu wollen. Schwere Vorwürfe, auf die der Organisator reagiert.

Bürgermeister Becker erheben hat? Er sagt, die BDS-Kampagne, die für „Boykott, Deinvestitionen, Sanktionen“ gegen Israel steht, benutze die gleiche Sprache wie die Nazis mit ihrem Aufruf „Kauf nicht bei Juden“.

Das ist eine heftige Diffamierung ohne wirklich inhaltlichen Hintergrund, „Kauf nicht bei Juden“ haben wir nie gesagt und würden eine solche Parole auch vehement ablehnen. Wir beziehen uns auf die Kampagne, die es in Südafrika gegen den Apartheidstaat gegeben hat, die international getragen und in Deutschland von den Kirchen unterstützt wurde. Sie war darauf ausgerichtet, keine Produkte aus Südafrika zu kaufen, solange dort das rassistische Regime herrscht, das Schwarze unterdrückte. Die BDS-Kampagne zielt auf die Quasi-Apartheid in den israelisch-palästinensischen Gebieten ab. Das Westjordanland und Gaza sind kolonisiert und politisch völlig entrechtet. Dieser Zustand ist mit einer Friedenslösung nicht zu vereinbaren. Dort herrscht seit 50 Jahren Dauerkriegszustand.

Herr Jochheim, wollten Sie eine „Anti-Israel-Konferenz“ veranstalten, wie es Ihnen Bürgermeister Becker vorwarf?

Nein, das ist eine Fehlinterpretation. Natürlich wollen wir Kritik an der israelischen Regierungspolitik äußern. Nach 50 Jahren Besetzung des Westjordanlands, des Gazastreifens, der Golanhöhen und Ost-Jerusalem – seit dem Sechstagekrieg 1967 – ist immer noch keine politische Lösung im Sinne einer Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung gefunden worden. Die palästinensische Bevölkerung lebt in einem perspektivlosen Zustand der Rechtslosigkeit. Durch den Siedlungsbau verschärft sich der Zustand. Das ist völkerrechtswidrig.

Können Sie nachvollziehen, dass der Aufruf zum Judenboykott in Deutschland heftige Reaktionen hervorruft?

Wie reagieren Sie auf den Vorwurf des Antisemitismus, den

den Vorwürfen des Frankfurter Bürgermeisters Becker

ZUR PERSON



Matthias Jochheim ist 68 Jahre alt und arbeitet als ärztlicher Psychotherapeut in Frankfurt. Er war bis 2013 Vorstandsvorsitzender der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht.

Er ist Mitglied der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht. Er ist Mitglied der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht.

Er ist Mitglied der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht. Er ist Mitglied der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht.

„Judenboykott“ ist, wie gesagt, ein völlig unzutreffender Begriff. Im Übrigen: Unsere Organisation, die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), vertritt die BDS-Kampagne nicht, auch Kopi als Gazas vertritt die Kampagne nicht, sondern nur einzelne Gruppen im Bündnis. Ich halte BDS für eine legitime Kampagne, auch wenn ich

die israelische Regierung hat eine millionenschwere Anti-BDS-Kampagne ins Leben gerufen. Zuletzt hat das israelische Parlament beschlossen, Ausländern, die BDS unterstützen, die Einreise nach Israel zu verweigern, fe

Ich bin für IPPNW mehrfach nach Israel gereist, hatte Kontakt mit israelischen und palästinensischen IPPNW-Kollegen. 2010 war ich an Bord des Schiffs Mavi Marmara, das als Teil einer Flottille die Blockade brechen und Hilfsgüter nach Gaza bringen wollte. Das Schiff wurde von der israelischen Marine gekapert, es kam zu Toten und Verletzten. Ich wurde daraufhin aus Israel ausgewiesen. Seitdem habe ich ein Einreiseverbot. Ob es noch besteht, habe ich nicht überprüft.

Das ist eine heftige Diffamierung ohne wirklich inhaltlichen Hintergrund, „Kauf nicht bei Juden“ haben wir nie gesagt und würden eine solche Parole auch vehement ablehnen. Wir beziehen uns auf die Kampagne, die es in Südafrika gegen den Apartheidstaat gegeben hat, die international getragen und in Deutschland von den Kirchen unterstützt wurde. Sie war darauf ausgerichtet, keine Produkte aus Südafrika zu kaufen, solange dort das rassistische Regime herrscht, das Schwarze unterdrückte. Die BDS-Kampagne zielt auf die Quasi-Apartheid in den israelisch-palästinensischen Gebieten ab. Das Westjordanland und Gaza sind kolonisiert und politisch völlig entrechtet. Dieser Zustand ist mit einer Friedenslösung nicht zu vereinbaren. Dort herrscht seit 50 Jahren Dauerkriegszustand.

Das ist eine heftige Diffamierung ohne wirklich inhaltlichen Hintergrund, „Kauf nicht bei Juden“ haben wir nie gesagt und würden eine solche Parole auch vehement ablehnen. Wir beziehen uns auf die Kampagne, die es in Südafrika gegen den Apartheidstaat gegeben hat, die international getragen und in Deutschland von den Kirchen unterstützt wurde. Sie war darauf ausgerichtet, keine Produkte aus Südafrika zu kaufen, solange dort das rassistische Regime herrscht, das Schwarze unterdrückte. Die BDS-Kampagne zielt auf die Quasi-Apartheid in den israelisch-palästinensischen Gebieten ab. Das Westjordanland und Gaza sind kolonisiert und politisch völlig entrechtet. Dieser Zustand ist mit einer Friedenslösung nicht zu vereinbaren. Dort herrscht seit 50 Jahren Dauerkriegszustand.

Das ist eine heftige Diffamierung ohne wirklich inhaltlichen Hintergrund, „Kauf nicht bei Juden“ haben wir nie gesagt und würden eine solche Parole auch vehement ablehnen. Wir beziehen uns auf die Kampagne, die es in Südafrika gegen den Apartheidstaat gegeben hat, die international getragen und in Deutschland von den Kirchen unterstützt wurde. Sie war darauf ausgerichtet, keine Produkte aus Südafrika zu kaufen, solange dort das rassistische Regime herrscht, das Schwarze unterdrückte. Die BDS-Kampagne zielt auf die Quasi-Apartheid in den israelisch-palästinensischen Gebieten ab. Das Westjordanland und Gaza sind kolonisiert und politisch völlig entrechtet. Dieser Zustand ist mit einer Friedenslösung nicht zu vereinbaren. Dort herrscht seit 50 Jahren Dauerkriegszustand.

Schlag für Demokratie

KOMMENTAR



ARND FESTERLING
Nicht ein Gericht, eine Kampagne führt zur Absage einer Veranstaltung

Es gibt Nie-derlagen für die Freiheit der Meinung, für die Freiheit der Rede und für unsere Demokratie, die bekommt kaum jemand mit.

Es treffen den Kern demokratischen Selbstverständnisses, auch wenn weder „Tagesschau“ noch „heute“ darüber berichten – warum auch, eigentlich wurde doch nur eine Veranstaltung abgesagt. Frankfurt hat am Montag eine solche Niederlage erlitten.

Der Betreiber des Ökohauses sagte eine Konferenz ab, die sich kritisch mit „50 Jahre israelische Besatzung“ der Palästinensergebiete auseinandersetzen wollte. Auf das Podium waren weder deutsche Neofaschisten noch antisemitische Dschihadisten eingeladen, sondern eine frühere palästinensische Ministerin, drei führende Köpfe der israelischen Friedensbewegung und ein deutscher Politiker der Linken. Das sagt nichts aus, über das, was auf dem Podium womöglich gesagt worden wäre, das sagt nichts darüber aus, ob man den Meinungen der Diskutanten folgen kann oder möchte. Aber lässt es vermuten, dass in gesetzeswidriger Weise zu Gewalt, Intoleranz, Fremdenhass oder gar Antisemitismus aufgerufen wird? Und ja, einer der israelischen Professoren fordert, israelische Waren sollten boykottiert werden, solange die Lage in den besetzten Gebieten ist

wie sie ist. Auch das sollte hier nicht bewertet werden. Es reicht aber offenbar aus, um die Diskussion als antisemitisch zu brandmarken und den Verdrängung zu unter Druck zu setzen, dass er den Mietvertrag kündigt. Wohlgerichtet, hier geht es um eine Veranstaltung, die mangels auch nur einigermaßen plausibler Begründung kein deutsches Gericht verbieten würde. Keines.

Nicht als Privatperson (das sei ihm unbenommen), sondern als Bürgermeister, Stadtkämmerer und Kirchendirektor hat Christdemokrat Uwe Becker die Veranstaltung als antisemitisch bezeichnet und damit einen Stein ins Rollen gebracht, der sich zu einer Lawine von Hassmails und Drohbriefen ausgewaschen hat. Unter diesem Druck ist der Vermieter in die Knie gegangen.

Das ist keine weltbewegende Sache, die „Tagesschau“ hat nicht berichtet und nicht „heute“. Niemand weiß, wie viele Menschen zu der Podiumsdiskussion gekommen wären. Die Politik der israelischen Regierung bleibt dieselbe, ob sie in Frankfurt diskutiert wird oder nicht. Den eigentlichen, den schwersten Schlag hat Frankfurt erlitten. In dieser an sich so weltoffenen und toleranten Stadt entscheiden nicht Gerichte, was ausgesprochen werden darf und was nicht, sondern Kampagnen und Hassmails.

Partnerschaft besiegelt

Frankfurt und Tel Aviv bauen Freundschaft aus

Von Georg Leppert

Nicht mehr nur Freunde – sondern jetzt auch Partner. Unter diesem Motto steht die Reise einer fast 30-köpfigen Delegation aus Frankfurt nach Tel Aviv. Denn mit der Stadt im Westen Israels gibt es zwar seit 1980 bereits einen Freundschaftsvertrag. Doch erst jetzt unterzeichneten Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) und sein Amtskollege Ron Huldai das Abkommen über eine Städtepartnerschaft.

Was nach einem rein formalen Akt klingt, soll die Beziehungen zwischen den beiden Städten weiter festigen. „Allein in den vergangenen 20 Jahren fanden über 170 Austauschprojekte zwischen unseren Kommunen statt“, sagte Feldmann. Als Beispiele nennt er Freizeitsport, Konferenzen, Theater-Meetings oder Gewerkschaftstreffen.

In einer „verbindlichen Partnerschaft“, die der Vertrag regelt, sollen möglichst viele Frankfurter nach Tel Aviv reisen – und umgekehrt. Gerade in der Wissenschaft wollen die Städte den Austausch intensivieren. Goethe-Universität und Fachhochschule pflegen eng Beziehungen zur Hochschule in Tel Aviv, die wiederum vom Frankfurter Mäzen Josef Buchmann stark unterstützt wird.

Die Delegation, die Feldmann anführt, ist prominent besetzt. Bürgermeister Uwe Becker (CDU) ist dabei, der seit jeder ein enges Verhältnis zu Israel pflegt. Ebenso Wolfgang König, Leiter des House of Finance der Goethe-Universität, und Frank Dievernich, Präsident der Fachhochschule. Auch die Eintracht ist mit dabei, unter anderem mit Vorstand Axel Hellmann. Auch die frühere Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) gehört zur Delegation. Sie hatte sich in ihrer Amtszeit intensiv um die Städtefreundschaft gekümmert und vor voriges Jahr zur Ehrenbürgerin Tel Avivs ernannt worden – als erste ausländische Politikerin und ein Jahr, bevor sie in Frankfurt diesen Titel erhalten wird.

Schon bevor der größte Teil der Delegation am vergangenen Wochenende, auch den Vereinigten Staaten, Kanada und Südafrika, in denen er dem Vorwurf der Nazi-Unterstützung ausgesetzt war, sowie anonymen Telefonanrufen mit Gewaltandrohungen nicht in der Lage, den Mietvertrag aufrechtzuerhalten. Beigetragen hat dazu sicher auch das Schreiben von Bürgermeister Becker, der ihn aufforderte, die Veranstaltung in seinen Räumen abzusagen.

Interview: Florian Lederer